

WUB

› was uns betrifft ‹

informationsorgan des asta der thd

WAHL-PROGRAMME

ZU

Konvent

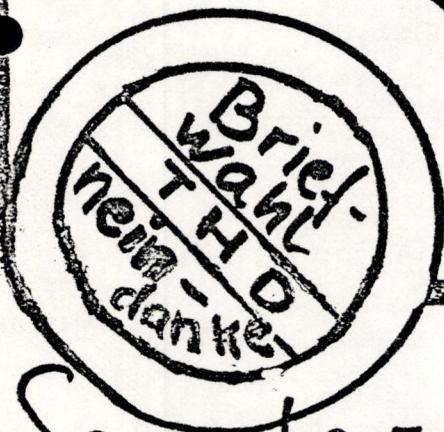
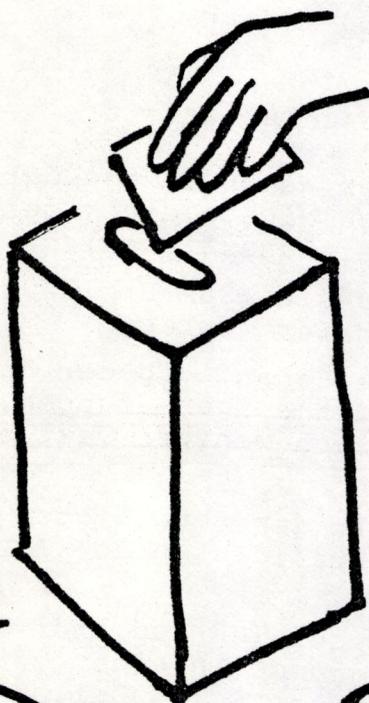
und

Studenten

parlament

an der
Urne?

ja bitte



Sondernummer mit
den Wahlprogrammen
aller politischen Gruppen

Editorial

Diese Wub-Sondernummer zu den Wahlen kam auf den Beschluß des Studentenparlaments zustande. Sie enthält die Programme der einzelnen politischen Gruppen zu Konvents- und StuPa-Wahlen in der Reihenfolge der Listennummern.

Die Texte entsprechen, den im Wahlamt eingereichten Programmen; Passagen, die in der "HOCHSCHULE" bereits gedruckt worden sind, sind auch aus Platzgründen so übernommen worden.

Im Einzelnen wurde dazu folgender Entschluß gefaßt:

1. Das StuPa verurteilt die Kürzung der Wahlbeiträge der studentischen Gruppen in der "Hochschule" und den Nichtabdruck der Stellungnahmen der Kandidatenlisten zu den Fachbereichsratswahlen.
2. Das StuPa wendet sich dagegen, daß die AStA-Erklärung in der "Hochschule" Nr. 106 offensichtlich zensiert wurde.
3. Das StuPa verurteilt die ungleiche Behandlung der Kandidatengruppen in der Hochschulzeitung. Gerade bei denjenigen Gruppen, bei denen die Beiträge gekürzt wurde, ist erheblich weniger Text abgedruckt als bei den anderen.
4. Das StuPa fordert den AStA auf, mit den Beteiligten eine Sonderwahl-Wub zu erstellen und fordert den Präsidenten der THD auf, die Kosten dafür zu übernehmen.
5. Das StuPa fordert den Präsidenten der THD auf, für die nächsten Wähler sicherzustellen, daß alle Wahlprogramme in einem vorher festzulegenden Umfang abgedruckt werden (mindestens 100 Zeilen).
6. Das StuPa fordert den Präsidenten der THD auf, bis zum 14.6.79 zu den o.a. Punkten Stellung zu nehmen und gegebenenfalls personelle Konsequenzen zu ziehen.

KONVENT

Liste 1	JUSO / unabhängige
Liste 2	SHI
Liste 3	Kommunistische Studenten Bund
Liste 4	MSB - Spartakus
Liste 5	RCDS
Liste 6	Basisgruppen
Liste 7	Unabhängige Davm-

Studentenparlament

Liste 1	KS B
Liste 2	MS B
Liste 3	SHI
Liste 4	UDS
Liste 5	Basisgruppen
Liste 6	Auslands - Ausschuß
Liste 7	RCDS
Liste 8	JUSOS

Liste 1

JUSO-Unabhängige

1. Spille, Herbert, FB 5
2. Kollatz, Matthias, FB 5
3. Freytag, Asmus, FB 5
4. Heinz, Wolfgang, FB 19
5. Weber, Wolfram, FB 16
6. Rüdinger, Christina, FB 5
7. Schnellbacher, Peter, FB 15
8. Tietz, Richard-Jürgen, FB 18
9. Preusch, Gerald, FB 2
10. Hartung, Gisela, FB 2

In den letzten Jahren ist deutlich geworden, daß die Hochschulen mehr und mehr in den Würgegriff des Staates genommen werden. Das HRG ist der konzentrierteste Ausdruck dieser Angriffe, NC, Bafög-Misere und Prüfungsdruck die Begleitmusik.

In zahlreichen Aktionen haben sich Studenten gegen die Angriffe, die ihr Studium erschweren, sie zu Fachidioten machen oder gar ganz von der Uni schmeißen wollen, gewehrt und bisher verhindern können, daß die Kernstücke des HRG an der Hochschule Realität werden. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich die Probleme der Hochschule nicht isoliert lösen lassen, sondern sehr schnell in einen Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit etc. treten und sich letztlich auch nur gesamtgesellschaftlich lösen lassen.

Regelstudienzeit produziert schmalspurausgebildete, für die Unternehmer leicht auswechselbare und nicht mitdenkende Wissensträger, keine verantwortungsvoll und selbständig handelnde Menschen. Ordnungsrecht soll die Studenten hindern, aufzumucken und nicht dumm zu fragen, sondern das zu tun, was man ihnen sagt. An diesen Bei-

Die Liste JUSO/Unabhängige kandidiert ebenfalls zum Studentenparlament (Liste 8) Dieses Programm gilt für StuPa und Konventswahl.

spielen wird klar, daß das HRG Unternehmern nützt und somit Ausdruck der bestehenden Gesellschaftsformen ist.

Wir JUSOS wissen aber, daß Herstellung echter Chancengleichheit und Abschaffung von Ausbeutung in dieser Gesellschaft nicht möglich sind, und treten vor diesem Hintergrund für den demokratischen Sozialismus ein. Unter dieser Perspektive tragen wir als JUSOS die Forderungen der Studenten in SPD und DGB für eine Veränderung der Politik, die jetzt in der Regierung gemacht wird, hin zu einer Politik, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert für eine Wissenschaft, die der Verbesserung der Arbeits-

und Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung dient.

Unsere Arbeit im letzten Jahr

Wir setzten uns für Orientierungsveranstaltungen für Erstsemester ein und beteiligten uns an deren Durchführungen. Wir schlugen die Gründung von Erstsemestergruppen vor, in denen die betroffenen Studenten selbst Aktionen gegen Regelstudienzeit, Prüfungsdruck etc. vorbereiten und durchführen können.

Im Wintersemester initiierten wir die Diskussion um den Vermögensbeirat, der die finanziellen Beiträge der Studenten ihrer eigenen Kontrolle entziehen soll und faktisch von dem Wohlwollen des Kanzlers abhängig macht. Vollversammlung, Studentenparlament sprachen sich gegen den Vermögensbeirat aus, Kultusminister Krollmann wurde massiv mit dieser Forderung konfrontiert. Als Erfolg ist zu verzeichnen, daß bisher an keiner hessischen Hochschule der Vermögensbeirat durchgesetzt werden konnte.

Aus der Einschätzung heraus, daß es möglich ist, gegen die zentralen Angriffe des HRG gemeinsam mit anderen Hochschulangehörigen vorzugehen, richteten wir den Hochschulpolitischen Arbeitskreis ein, in dem Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Mitarbeiter und Studenten mitarbeiten und ihre Arbeit koordinieren. Der Ar-

beitskreis hat die Veranstaltung mit Kultusminister Krollmann durchgeführt, auf der klar wurde, daß bei allen Gruppen der Hochschule sein HRG-Konzept nicht akzeptiert wird.

Wir brachten die studentischen Forderungen, z. B. gegen Meldefristen und Regelstudienzeit (VV-Beschlüsse), als Anträge in den zentralen Gremien ein und forderten die anderen Hochschulangehörigen auf, sie zu unterstützen. Ein konkreter Ausdruck dieser Politik war es, daß einige Professoren auf der Demonstration gegen die Einführung der Meldefristen zusammen mit den Studenten demonstrierten und auch auf der Kundgebung ihre Unterstützung öffentlich erklärten.

Auf unseren Vorschlag beschloß die Studentenschaft der TH, ihre Wahlen in demokratischer Urnenwahl und nicht wie vom Kultusminister gefordert, als Briefwahl durchzuführen.



Von der JUSO-Hochschulgruppe wurde im letzten Jahr der AStA in Koalition mit den Basisgruppen gestellt. Die Referenten der JUSO-Hochschulgruppe haben die Arbeit des AStAs maßgeblich getragen und neben den oben aufgeführten einen Großteil der AStA-Aktionen vorgeschlagen.

Schwerpunkte in unserer weiteren Arbeit

- *Kampf gegen die Umsetzung der HRG:* Von dem Konzept des HRG sind bisher nur auf dem Papier: Ordnungsrecht, Vermögensbeirat, Kurzstudiengänge von 3 Jahren. Auch die Regelstudienzeit darf nicht Wirklichkeit werden! Dazu werden wir Aktionen im nächsten Semester vorschlagen und auch die Organe der Studenten AStA und Fachschaften gegen Angriffe des Kultusministers verteidigen. Bestandteil der Entqualifizierung der Ausbildung ist die restriktive Finanzpolitik. Im nächsten Jahr werden wir Aktionen für mehr Tutoren, mehr Sachmittel, gegen Personalstopp vorbereiten.
- *Erstsemesterarbeit: Gründung und Unterstützung von Erstsemestergruppen an den Fachbereichen.* Es ist wichtig, daß sich gerade die Betroffenen gegen die Regelstudienzeit, Prüfungsverhärfungen wehren und gemeinsam dagegen vorgehen. Wir werden Erstsemester - VV's und Erstsemesterseminare durchführen. Wichtig ist für

uns, daß diese Erstsemestergruppen auf gewerkschaftlicher Grundlage arbeiten, d. h. jeder kann mitmachen, ohne Mitglied einer politischen Gruppe zu sein, und die Arbeitsansätze orientieren sich an den konkreten Studienproblemen.

- *Gremienarbeit ist für uns kein Selbstzweck.* Wir sind die einzige Gruppe, die systematisch Vollversammlung, Fachschafts- und Stupabschlüsse aufgreift und in die Gremien einbringt. Unsere Arbeit im letzten Jahr hat gezeigt, daß dort Erfolge möglich und Bündnispartner zu finden sind. So wurde z. B. auch erreicht, daß an der TH kein Ordnungsrecht praktiziert wird.
- *Gegen die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten.* Für Bafög-Empfänger besteht heute schon faktisch Regelstudienzeit. Wir setzen uns gegen die Selektionsmechanismen durch Bafög ein und unterstützen die Forderungen der VV der TH nach 700 DM Bafög und 1500 DM Elternfreibetrag!



Liste 2

SHI

1. Schneider, Reinhold, FB 2
2. Gier, Jutta, FB 2
3. Griesmann, Wilfried, FB 2
4. Klein, Luise, FB 2
5. Lortz, Gaby, FB 2
6. Zachau, Regina, FB 2
7. Sieber, Werner, FB 3
8. Czichy, Erich, FB 2

Wichtigste Funktion des Konvents ist die Wahl des TH-Präsidenten. Diese wird in 7^{1/2} Jahren vom 4.nächsten Konvent durchgeführt werden - sofern es dann noch einen Präsidenten, einen Konvent und die dazugehörigen Wahlen geben wird. Zweitwichtigste Funktion des Konvents ist die etwas häufigere Wahl eines Vizepräsidenten. Drittwichtigste Funktion des Konvents ist der gemehrte Freizeitwert, der sich bei den meisten der in ihm vertretenen Gruppen nur im Anschluß an die Sitzungen bisweilen eingeseilt. Viertwichtigste Funktion des Konvents ist das Bewußtsein von seiner Existenz. Das beruhigt etwas.

Fünftens: Der neue Konvent muß gewählt werden. Und warum man/frau dabei ausgerechnet nicht SHI wählen sollte, kann der Gewichtigkeit dieses Ereignisses nicht unangemessen sein. Klärere Forderungen gelten dementsprechend.

Liste 3

Kommunistischer Studentenbund

1. Hermann, Inge, FB 2
2. Schumacher, Jörg, FB 2
3. Fendler, Wolfram, FB 1
4. Keller, Walter, FB 11
5. Werdel, Alfons, FB 1
6. Schöpka, Reiner, FB 2
7. Papachryssanthou, Takis, FB 11

In den Semesterferien hatte die Landesregierung die Fachbereichsräte aufgefordert, bis März die entsprechenden Studienordnungen zu beschließen, die der Verordnung zu den Meldefristen gerecht werden. Als Meldefristen hatte die Landesregierung die Festlegung der Studienzeiten für jeden Fachbereich angegeben. Gegenüber dem Senat der TH hat jetzt der Kultusminister seine Aufforderung wiederholt, und im Fall, daß sich der Senat nicht daran halten will, will er die Meldefristen zwangsverordnen. Laut Hochschulrahmengesetz gilt, daß »innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes (HRG) den Vorschriften der Kapitel 1 und 5 (die jeweils die Festlegung der Regelstudienzeit betreffen) entsprechende Landesgesetze zu erlassen« sind. In diesem Sommersemester und im folgenden Wintersemester soll das jetzt vollständig durchgesetzt werden, indem bis 1980 an allen Fachbereichen die entsprechenden »Übergangsregelungen« getroffen werden, um dann vollständig die beschlossene Verdichtung und Intensivierung des Studiums über festgelegte Regelstudienzeiten in die Prüfungsordnungen und Studienordnungen aufzunehmen. Ein bis zum Extrem verdichteter Studientag ist notwendig, die Studenten zum Offizierstamm der Bourgeoisie auszubilden.

Untätig waren die Fachbereichsräte und die Professoren indes nicht. Eifrig bemühen sie sich, den Anforderungen des Schmutzministeriums gerecht zu werden: Ausdehnung des Vorlesungsstoffes, des Prüfungsumfanges oder des Referatsumfanges, Literaturlisten, die immer länger werden, steigende Durchfallquoten... So hat Prof. Kallenberg im letzten Semester Anwesenheitslisten durchgesetzt, jetzt hat er einem Student sein Referat zurückgegeben, weil es nicht umfangreich genug war. Am Fachbereich Chemie haben die Studenten für das anorganische Praktikum ausgerechnet, daß sie zur Bewältigung des Praktikums eine 55 Stundenwoche haben. Schaut man ins Vorlesungsverzeichnis, so sieht man Vorlesungsangebote, die bis 23 Uhr in die Nacht gehen oder

Diese Gruppe kandidiert ebenfalls zum Studentenparlament (Liste 1)

Dieses Programm gilt für beide Wahlen

auch Wochenendschichten - Blockseminare - weil all das, was die Professoren durchpeitschen wollen, während der Woche innerhalb eines normalen Arbeitstags von 8-18 Uhr überhaupt nicht mehr zu schaffen ist. Für viele Studenten sind 25 und mehr Anwesenheitsstunden in den Lehrveranstaltungen überhaupt keine Seltenheit mehr.

Die Kämpfe gegen die Ausdehnung der Studienzeiten werden bereits geführt: Forderungen erhoben nach der Einhaltung des 8-Stundentags bei Exkursionen, Forderungen nach Beschränkung des Literaturumfangs, nach Einspruchsrechten in alle Studien- und Prüfungsangelegenheiten, die VV am FB 2 hat beschlossen, in jeder Vorlesung die Auseinandersetzung um die Studienbedingungen zu führen, die FSG Wirtschaftsingenieure die Forderung nach der 40-Stunden-Woche - da ist auch die Forderung, unter der man die Kämpfe gegen die Intensivierung des Studiums zusammenfassen kann.

Gleichzeitig mit der Verdichtung des Studiums werden immer mehr die Studienkosten auf die Studenten abgewälzt. Ein Chemiestudent muß z. B. für sein Praktikum 20-200 DM für die Chemikalien hinblättern. Teilweise verlangen die Professoren sogar Geld für die Vorlesungsskripte, wird ein Referat kopiert und verteilt, scheuen sich die Herren nicht, gleich Geld dafür einzusammeln. Alles in allem kommen darüber beachtliche Summen zustande, die von den Studenten ganz bestimmt nicht bezahlt werden können. Aus diesem Grund wurde auf der TH-VV die Bezahlung sämtlicher Studienkosten durch die Institute und die Hochschule gefordert! Für die Durchsetzung dieser Forderung muß jetzt der Kampf organisiert und geführt werden.

Um dem den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben die Hochschulleitung - federführend Blankenburg - Anzeigen gegen die Studenten gestellt, die im letzten Semester erfolgreich die Chemikaliengelder boykottiert haben. Es soll ein Gerichtsurteil her, um den erfolgreichen Kämpfen im Nachhinein doch noch eine Niederlage beizubringen. Über ein Gerichtsurteil soll die Bezahlung der Chemikaliengelder und der Lernmittel überhaupt durchgesetzt werden. Dagegen muß die Einstellung dieses Prozesses gefordert werden - das nützt dem Kampf für die Bezahlung der Chemikaliengelder und der Lernmittel.

Ein weiterer Prozeß steht den Studenten der TH bevor: nachdem die ersten Prozesse wegen dem Mensaboykott 1977 entweder mit Freisprüchen geendet haben oder eingestellt worden sind, ist jetzt wieder einer ausgekramt worden: Gegen eine ehemalige Studentin soll der Prozeß erneut geführt werden. Das hat seine guten Gründe. Munkelt man doch in "gewöhnlich gut informierten Kreisen", daß die Abendessensausgabe geschlossen werden soll und man mit neuen Mensapreiserhöhungen zu rechnen habe. Man muß durchsetzen, daß das Studentenwerk damit nicht durchkommt ebenso wie man die Einstellung des Mensaboykottprozesses fordern muß.

In den Wohnheimen führen die Studenten den Kampf gegen die schleichenden Weiterhöhungen durch die Ausspaltung der Mieten in Grund- und Kostenmiete. Die TH-VV hat diesen Kampf unterstützt. Man muß ihn weiter unterstützen, vor allem, wenn diese Studenten jetzt daran gehen, einen Mietstreik vorzubereiten.

Nachdem die Bundesregierung im letzten Herbst der Studentenbewegung erneut eine Niederlage beigebracht hat, indem sie die fällige Anpassung der BAFÖG-Sätze schlichtweg hat ausfallen lassen und weiterhin eine Menge Studenten ganz aus der Förderung herausbekommen und insgesamt den Lebensstandard ein Stück weiter ins Elend gedrückt hat, will sie die 6. BAFÖG-Novelle im Mai endgültig in 3. Lesung verabschieden: Anhebung der Bedarfssätze um 40 DM und des Elternfreibetrags auf 1.220 DM im Oktober 79, 3% Anpassung im darauffolgenden Jahr - auf Jahre hinaus werden BAFÖG-Senkungen festgeschrieben und eine Masse Studenten ins nackte Elend gestürzt. Wir treten demgegenüber ein für die Durchsetzung der Forderung nach 100 DM mehr für alle BAFÖG-Bezieher, 1.500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.1.79!

Damit sich die Studenten in diesen Kämpfen durchsetzen können, ist es notwendig, sich die Angriffe der Regierung und des Kultusministeriums auf die Vertretungsorgane nicht gefallen zu lassen. Die Vertretungsorgane brauchen politische und imperatives Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit. Gegenüber der Regierung müssen sich die Studenten das Koalitionsrecht erkämpfen.

Es ist gut, wenn es an vielen Fachbereichen und im Stupa Studenten gibt, die sich für die Organisation und Führung von Kämpfen unter solchen Forderungen einsetzen, die den Kämpfen der Studenten nutzt. Es wird aber auch nutzen, wenn solche Studenten in den Fachbereichsräten und im Senat vertreten sind. Nicht weil man die Professoren auch davon überzeugen könnte, sondern um ihnen diesen Gremien Krach zu schlagen gegen alle Maßnahmen, die sie gegen die Studenten beschließen wollen. Vor allem kann man, wenn man in solchen Gremien sitzt, rechtzeitig an Informationen kommen, was man als nächstes von der Hochschulleitung und den Professoren zu erwarten hat. Das ist besser, als wenn man dort solche hat, die die Einheit mit den Professoren predigen und gleichzeitig noch nicht einmal mit solchen wichtigen Informationen herausrücken wie, wann die Fachschafts- und Stupawahlen stattfinden.

Liste 4

MSB - Spartakus

1. Werner, Thomas, FB 3
2. Pötzl, Brigitte, FB 16
3. Simon, Klaus, FB 18
4. Sator, Klaus, FB 2
5. Unrath, Brunhild, FB 15
6. Dumke, Andreas, FB 4
7. Lang, Annemarie, FB 8
8. Mally-Schilling, Edda, FB 3
9. Baumann, Wolfgang, FB 5
10. Glaß, Jochem, FB 15
11. Büttner, Inge, FB 2
12. Seeger, Ernst, FB 4
13. Gäbler, Klaus-Dieter, FB 1
14. Ullrich, Rüdiger, FB 4
15. Schilling, Heiner, FB 5
16. Schneider, Hans-Reinhard, FB 4

»Der Marxistische Studentenbund Spartakus sieht in der Durchsetzung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle über Forschungsplanung, Verwertung von Forschungsergebnissen, Lehre, Studium und Stellenbesetzungen durch die Hochschulangehörigen und die Arbeiterorganisationen das zentrale Kettenglied im Kampf für eine fortschrittlich-demokratische Hochschulreform, als Teil des Ringens für Demokratie und Sozialismus.« (Grundsatzserklärung des MSB). Was will der MSB Spartakus im Konvent?

Im Konvent sind Mitglieder aller Gruppen an der Hochschule, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Angestellte und Studenten vertreten. Hier bietet sich deshalb eine gute Möglichkeit, durch die Diskussion der für die Studenten anstehenden Probleme ein gemeinsames Handeln aller Hochschulangehörigen zu erreichen. Gerade in den vor uns stehenden Auseinandersetzungen um die Wahlordnung und die Einführung der Regelstudienzeit ist es notwendig, das Bündnis aller Hochschulangehörigen zu festigen. Das erstmals an der Demonstration am 15. Mai in Darmstadt auch offiziell Hochschullehrer und wissenschaftliche Bedienstete teilnahmen, ist nicht zuletzt auf die Diskussion im Konvent zurückzuführen, der im übrigen auch eine Unterstützung der Demonstration fast einstimmig beschloß.

Wir überschätzen dabei nicht die Möglichkeiten, die sich in dieser Konventsarbeit ergeben. Fortschritte für die Studenten im Kampf gegen das reaktionäre HRG sind nicht durch Gremien allein zu erzwingen. Der wesentliche Faktor ist und

bleibt die Entwicklung und weitere Stärkung der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Bewegung. Der Massenkampf wird der entscheidende Hebel sein, aber es wäre dumm, den Kampf der Studenten nicht auf allen Ebenen zu führen. Der Kampf um Mitbestimmung wird nicht verbal geführt, sondern indem man als erstes seine Rechte wahrnimmt und sie auf demokratischem Weg ausbaut.

Dabei sind die Möglichkeiten der Studenten, Bündnisse mit fortschrittlichen Hochschullehrern einzugehen, gewachsen. Die Versuche, die Selbstverwaltung der Hochschule abzuschaffen, haben den Widerstand vieler Dozenten hervorgerufen. Hochschullehrer werden durch die geplante Vernichtung von ca. 10 000 Stellen, durch Zeitverträge und im HRG festgeschriebene Unsicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten für Angehörige des Mittelbaus fortlaufend in ihrer sozialen Existenz bedroht.

Zugleich werden dem einzelnen Wissenschaftler immer mehr Möglichkeiten entzogen, auf die in den zentralen Studienreformkommissionen vorgenommene Gestaltung und inhaltliche Bestimmung von Studien- und Ausbildungsgängen seiner Fachwissenschaft Einfluß zu nehmen. Die »Freiheit der Wissenschaft« wird angesichts der wachsenden undemokratischen Gängelung von Forschung und Lehre durch die den Monopolinteressen verpflichtete staatliche Fachaufsicht mehr und mehr zur bloßen Phrase.

Natürlich geht es uns nicht darum, eine »Freiheit der Wissenschaft« zu verteidigen, die nur private Freiheit und Privilegien des einzelnen Hochschullehrers bedeutet. Dennoch sagen wir: Auch wenn nicht in allen Fragen Übereinstimmung zu erzielen sein wird, dort wo eine Aktionseinheit möglich ist, muß es praktiziert werden. Grundlage von gemeinsamen Aktionen sollte sein: Die Abwehr aller Versuche, den direkten Einfluß von Staat und Konzernen weiter zu erhöhen, die Verteidigung des Rechtes auf demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen und solche Forderungen, die eine Überwindung der materiellen Bildungsmisere zum Inhalt haben.

Wir werden dafür eintreten, daß der Konvent keine Zugeständnisse an das HRG macht und seine Stimme dazu nutzt, die Interessen der Studenten gegen Regelstudienzeit, Briefwahl und für höheres Bafög zu vertreten.

Der Konvent soll zu politischen Fragen Stellung nehmen: Zum Beispiel Berufsverbote, Kernkraftwerke, militärische Auftragsforschung und nicht zuletzt die atomare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika, an der auch Professoren der TH beteiligt sind.

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß es eine gute Zusammenarbeit von Jusos, Basisgruppen und MSB im Konvent geben kann. Unser Ziel ist es, diese Zusammenarbeit weiter zu festigen und die Interessen der Studenten dadurch noch effektiver zu vertreten.

Leider waren bisher die öffentlichen Konventssitzungen fast ohne studentische Besucher, vor allem den RCDS-Wählern sei hiermit empfohlen, sich das Verhalten dieser "einzigsten Demokraten" in Zukunft anzuschauen. So wurde die Stellungnahme gegen das HHG einstimmig verabschiedet, nur der RCDS stimmte dagegen. Als der Konvent beschloß, die Wahlen in der bisherigen demokratischen Praxis durchzuführen, geschah das gegen die Stimmen des RCDS. Selbst als der Kultusminister daraufhin per Erlaß den Mehrheitswillen der Hochschulangehörigen außer Kraft setzte, stand der RCDS hinter dieser Maßnahme. Bei allen verbalen Beteuerungen zeigt hier die Praxis des RCDS, daß er nicht daran denkt, gegen Regelstudienzeiten und HHG ernsthaft aktiv zu werden. Er macht sich im Gegenteil zum Helfershelfer des Kultusministeriums. Dem AstA ist hier der Vorwurf zu machen, daß er es oft nicht für nötig hielt, die Studenten über die Beschlüsse und ihr Zustandekommen zu unterrichten bzw. die Studenten auf eine Sitzung zu mobilisieren.

Wir rufen Euch auf:

Erteilt des Rechten eine Absage, wählt MSB-SPARTAKUS, für die Zusammenarbeit der Linkskräfte, für ein gemeinsames Handeln aller Hochschulangehörigen, für die Novellierung von HHG und LHG im Interesse der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung!

Aufruf des AstA an alle Wähler:

WÄHLT an den ÜRNEN

Beteiligt Euch nicht an der Briefwahl

Stimmabgabe vom 18. bis einschließlich 21. 6. 9⁰⁰-16⁰⁰ Uhr
an den Urnen im Audi-Max & in der neuen Mensa

Stärkt durch Eure Stimme die Interessenvertretungen
an der HOCHSCHULE FÜR EINE
DEMOKRATISCHE GEGEN EINE BÜROKRATISCHE WAHL

Liste 5

RCDS

1. Etscheid, Udo, FB 1
2. Braun, Berthold, FB 15
3. Urban, Franz, FB 19
4. Müller, Rudolf, FB 1
5. Fuld, Berthold, FB 17
6. Knauthe, Helmut, FB 16
7. Asmus, Jörg, FB 6
8. Heer, Annerose, FB 1
9. Olbrich, Wolfgang, FB 19
10. Caspar, Ulrich, FB 1
11. Heer, Claus-Jürgen, FB 16
12. Lichtenthäler, Hans, FB 18
13. Kunzmann, Claus, FB 1
14. Hauck, Helmut, FB 1
15. Schidor, Sabine, FB 17
16. Hess, Burkhardt, FB 1
17. Dambier, Peter, FB 20
18. Loroch, Roland, FB 16
19. Röser, Horst, FB 13
20. Krämer, Herbert, FB 19
21. Haak, Reinhard, FB 19
22. Pschera, Andreas, FB 19
23. Schramm, Michael, FB 19

Hallo Kommilitoninnen und Kommilitonen! Ihr habt wieder die Möglichkeit, Eure Gremienvertretern neu zu wählen. Nutzt die Chance, durch Eure Wahl die studentische Politik an dieser Hochschule mitzubestimmen. Gerade der Konvent, die von ihm gewählten Ausschüsse und der Senat sind entscheidend für die Aktivitäten der Hochschule in Lehre und Forschung. Wir fordern Euch deshalb auf, für eine vernünftige studentische Interessenvertretung in den Gremien dem Ring Christlich Demokratischer Studenten Eure Stimme zu geben.

Zur Lösung der anstehenden Probleme sind Gruppen - die hinter jedem Mißstand den Staat und das Monopolkapital als Ursache sehen und deshalb das bestehende System zerschlagen wollen, vollkommen ungeeignet. Erstens werden sie weder von den Professoren noch von der Verwaltung Ernst genommen. Zweitens schaden sie dem Ansehen der Studenten in der Bevölkerung, deren politische Unterstützung wir dringend benötigen, wenn wir unsere Probleme lösen wollen. Der RCDS hat mehrfach bewiesen, daß er keinen engstirnigen Ideologien nachstrebt oder um jeden Preis Parteipolitik betreibt, sondern daß er sich ernsthaft um die Interessen der Studenten kümmert.

Es dürfte langsam jedem Studenten klar sein, daß der RCDS ein liberaler, demokratischer Studentenverband ist. Daß wir statt HRG und Ordnungsrecht eine vernünftige Hochschulreform verlangen, wird von den Kommunisten gerne geleugnet, die diese Mißstände viel lieber für die Demontage unseres Staates nutzen möchten.

Vielleicht sind wir Dir in einigen Fragen zu progressiv oder zu konservativ - je nach Standpunkt, aber jede liberale Politik ist immer ein Kompromiß. Kompromisse müssen aber da aufhören, wo vorsätzliche, permanente Rechtswidrigkeit beginnt. Deshalb tritt der RCDS entschieden den Versuchen von Jusos und Basisgruppen entgegen, durch andauernden Mißbrauch die Studentenschaft zu zerstören. Aktuelles Beispiel sind die von ihnen geplanten, rechtswidrigen Studentenschaftswahlen. Sie unterhöheln die Legitimation der Studentenvertretung, da sie neue Eingriffe des Kultusministers herbeiführen (Annullierung der Wahlen, Zwangseinsetzung eines neuen AStA und eines Wahlausschusses für die Wiederholung der Wahlen usw.). Diese Einschränkung der Selbstbestimmung der Studentenschaft wollen wir verhindern. Der RCDS befürwortet deshalb das *offizielle* Wahlverfahren (Briefwahl mit anschließender Urnenwahl), da dies die erwünschte hohe Wahlbeteiligung gewährleistet.

Wir werden weiterhin gegen Ordnungsrecht, Meldefristen, soziale Verschlechterungen, Machtmißbrauch und Regelstudienzeiten kämpfen. Wir werden durch Diskussion und Argumente weiter Erfolge erzielen, wie bei der Frage der HRG-Novellierung, wo inzwischen führende Politiker aller Parteien auf die Argumente des RCDS eingehen und eine Abschaffung der Regelstudienzeiten befürworten, wie z. B. die CDU-Politiker Stoltenberg, Biedenkopf, Köppler u. a., und auch die KuMis von Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hamburg.

Der RCDS will durch konstruktive Mitarbeit in den Hochschulgremien den Einfluß der Studenten dort stärken. Deshalb werden wir uns in Zukunft verstärkt der Arbeit in den Fachbereichsräten und Fachschaftsvertretungen zuwenden, da hier viele, den einzelnen Studenten direkt berührende Entscheidungen fallen. Wenn wir durch Euer Vertrauen in den AStA kommen, wird als Erstes der Mißbrauch der Studentenschaft und ihrer Gelder aufhören. Wir werden die studentischen Zwangsbeiträge nur für Eure Interessen einsetzen und deshalb die Sozialleistungen erhöhen (mehr Mensafreitische, Unterstützung ausländischer Studenten, Übergangskredite bei Bafög-Schwierigkeiten), die Dienstleistungen ausbauen, ein pluralistisches Informationssystem einrichten und bis auf Weiteres die VDS-Beiträge stornieren. Wir würden uns für den Aufbau eines pluralistischen, demokratischen legitimierten Studentenverbandes auf Bundes- und Landesebene einsetzen (Bundes- und Landesstudentenparlament).

Für eine weitere konstruktive Arbeit an der Hochschule bitten wir Euch deshalb um Eure Stimmen für Konvent, StuPa und Fachschaftsvertretungen.

Liste

6

Basisgruppen an der THD

1. Flöter, Hans-Christian, FB 9
2. Aldinger, Gerd, FB 15
3. Bettermann, Hans Dietrich, FB 17
4. Ewald, Lutz, FB 2
5. Flörke, Axel, FB 4
6. Meisel, Dieter, FB 8
7. Laux, Ulrike, FB 7
8. Reimann, Klaus, FB 2
9. Bös, Thomas, FB 9
10. Arnold, Bernd, FB 4
11. Jenseit, Wolfgang, FB 7

Nun ist es wieder so weit, daß große Ringen um die Stimmen kann beginnen, das Wahlkarussell dreht sich. Um nicht zurückzusteigen fordern wir selbstverständlich 100 DM mehr Bafög als alle anderen Gruppen und Rücknahme des Hochschulrahmen- und aller anderen Gesetze. Dies nur zu unseren Minimalforderungen.

Wir dürfen uns aber keine Illusionen für diese Wahl machen. Unsere Möglichkeiten des Kampfes gegen die kapitalistische Studienreform sind gering, diesen Prozeß haben wir nicht aufhalten, aber immerhin verzögern können. Die Regelstudienzeiten gibt es zwar effektiv immer noch nicht und sie werden, wie die jüngste Entwicklung in Wiesbaden zeigt, wohl auch nicht so bald angewendet werden. Dieses ist allerdings nicht der Erfolg eines großen studentischen Widerstandes, sondern einer Strategie, die von den »studentischen Vertretern« und der Hochschulleitung getragen wird. Diese Tatsache zeigt aber, daß der Widerstand gegen Studienverschärfungen und Entqualifizierung der Ausbildung nicht vergebens ist, sondern weitergeführt werden kann und muß. Durch die Arbeit in den Gremien der Hochschule ist es zumindest an der THD möglich, gegen Studienordnungen und Berufungen anzugehen und partielle Erfolge zu erzielen. Es geht uns darum, gegen Vorgänge anzugehen, die ein kritisches, selbstbestimmtes Lernen und Leben an der Hochschule verunmöglichen sollen.

Deshalb kandidieren wir für die Gremien, also Fachbereichsräte und Konvent. Wir wissen, daß diese Arbeit, besonders in vielen sturen, in alten akademischen Traditionen behafteten Fachbereichsräten schwer ist und es dort bei den Mehrheitsverhältnissen, die den Professoren die alleinige Entscheidungsgewalt geben können, selten Aussicht auf Erfolg gibt, werden aber dort weiter tätig sein um zumindest Informationen aus den Gremien zu erhalten und Gegenpositionen zu den Vorstellungen der Professoren zu entwickeln.

Wir müssen allerdings feststellen, daß bei unserer Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung und in den Hochschulorganen viele Inhalte zu kurz gekommen sind, daß wir stellvertretend für die Studentenschaft, einen Kampf gegen Prüfungsbedingungen, Bafög-Kürzung, Klausurendruck, Lehrmittel- und Stellenknappheit, Wohnungsmisere, Leistungsdruck... führen, alles Dinge, die die Gesamtheit der Studenten elementar betreffen und Gegenstand eines Kampfes sein sollten, der von allen Betroffenen selber getragen werden muß und nicht an die wenigen einmal gewählten Fachschaftsräte und den AStA delegiert werden kann, denn diese Organe sind für ihre Arbeit auf die breiteste Unterstützung angewiesen. Wir dürfen nicht bloß reagierend gegen Zwangsmaßnahmen aus Wiesbaden anrennen, sondern es geht um mehr, um die Frage einer Gegenqualifikation der Ausbildung zur Verantwortlichkeit des Wissenschaftlers gegenüber der Gesellschaft, der Veränderung des Uni-Alltags, der Entwicklung von Positionen zur ständigen Entmenschlichung und Zerstörung der Umwelt und dem schleichenden Fortschritt der Repressionen in unserem Lande. Die Qualifikation zum Wissenschaftler ist solange gefährlich, solange Wissenschaft unter kapitalistischen Bedingungen verwertet wird. Wir brauchen eine Wissenschaft zum Wohle aller Menschen. Es muß wieder möglich sein, den Kontakt zu den vielen, die außerhalb der Hochschule an Alternativprojekten in Bürgerinitiativen usw. tätig sind zu finden und eine gemeinsame Arbeit, von der alle beteiligten profitieren, zu intensivieren.

Wir treten auch wieder gemeinsam zu den Wahlen der Studentenschaft an, begreifen uns aber nicht als eine Partei, die einen Katalog von Versprechungen, den sie »Programm« nennt, den Wählern vorstellt und dann stellvertretend in jenem verzerrten Abbild des Bundestages, das sich Studentenparlament nennt, agiert. Wir begreifen uns als Träger und Initiatoren von studentischen Initiativen, die von den betroffenen Studenten selbst getragen werden, welche die Unterstützung der Studentenschaftsorgane brauchen. Deshalb ist es nicht damit getan, daß wir einmal im Jahr zur Urne gehen (was uns vom KuMi ja nun auch verboten werden soll) sondern, die Aktivität gegen Studienverschärfungen und für bessere Lehrinhalte muß von der studentischen Basis, die nicht dem Diktat irgendwelcher Funktionäre folgen darf, getragen werden.

Es genügt nicht einmal im Jahr zu wählen, denn es besteht die Gefahr, daß man seine einmal abgegebene Stimme nicht wiederbekommt.

Diese Gruppe kandidiert ebenfalls zum Studentenparlament (Liste 5)
Dieses Programm gilt für beide Wahlen

Liste 7 Unabhängige Darmstädter Studenten

1. Hahn, Christian, FB 1
2. Macheledt, Jörg, FB 4
3. Daub, Egon, FB 16
4. Leser, Martin, FB 16
5. Heckel, Horst, FB 16
6. Hartenbach, Martin, FB 16
7. Müller, Burkhard, FB 16
8. Kopp, Dietmar, FB 9
9. Pielmeyer, Peter, FB 1
10. Posern, Alexander, FB 13
11. Seiffe, Eberhard, FB 11
12. Bogatz, Roberto, FB 16
13. Michaelsen, Uwe, FB 18
14. Schmidt, Manfred, FB 16
15. Fels, Ferdinand, FB 14
16. Happel, Reiner, FB 16

Wir, die UDS, sind ein von parteipolitischer Einflußnahme freier Zusammenschluß von Studenten der meisten Fachbereiche an der Technischen Hochschule Darmstadt. Wir kandidieren zur Wahl im Sommersemester 79 für Konvent und Studentenparlament, um unsere in den letzten beiden Jahren bewährte Arbeit für die Belange der Darmstädter Studenten fortsetzen zu können.

Wir haben uns folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Öffentlichkeitsarbeit: Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die umfassende und sachlich ausgewogene Information der Studenten.

Wir können es nicht angehen lassen, daß wir Studenten weiterhin eine gesellschaftliche Randgruppe sind.

Dazu muß die hochschulinterne Öffentlichkeitsarbeit wie folgt gestaltet werden: studienbezogene Information, Ausgewogenheit der Darstellungen, regelmäßige Berichte aus den Gremien: Fachschaft, Fachbereichsrat, Ausschüsse und Studentenparlament - Vollversammlung als Ort des Meinungsaustausches unter den nichtorganisierten Studenten.

Diese Vorstellungen führen dazu, daß die Studenten der Hochschulpolitik aufgeschlossener gegenüberstehen und sich stärker als bisher hier engagieren können. Sie führen ebenso dazu, daß die Studenten objektiver als bisher informiert

werden und die Hochschule nicht länger als ein undurchschaubarer Apparat erscheint.

Nur durch realistische Politik ist das Image der Studenten zu korrigieren. Hierzu sind folgende hochschulexterne Aktivitäten notwendig:

- Förderung der Beziehung zwischen Studenten und Trägern der öffentlichen Meinung

- Suche nach Partnern zur Bildung einer effektiven überregionalen studentischen Vertretung

- Durchführung von Veranstaltungen zur Förderung des Kontaktes zwischen Studenten und Bürgern

2. Studienreform: Wir setzen uns dafür ein, daß die Regelstudienzeit auch nicht auf Umwegen durch verschärfte Meldefristen eingeführt wird. Bei der Diskussion um die Studienreform werden wir uns dafür stark machen, daß ein qualifiziertes Langzeitstudium gewahrt bleibt, Möglichkeiten zur fachübergreifenden Ausbildung geschaffen werden, wirksame Aktionen gegen die Verschärfung der Studienbedingungen durchgeführt werden, da ein Student auch Freizeit braucht.

3. Soziale Lage der Studenten: Eine Absicherung der sozialen Situation der Studenten ist Voraussetzung für ein effektives Studium.

Wir treten ein für:

- eine jährliche Anpassung der Bafögsätze an die steigenden Lebenshaltungskosten

- eine bessere Beratung in Bafögangelegenheiten (dazu gehört auch die Rückverlegung der Bafögstelle in den Zentralbereich der Technischen Hochschule)

- Ausweitung des preisgünstigen Wohnungsangebotes in Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt

- Schaffung besserer Studienarbeitsräume in der Hochschule, bessere Ausstattung der Bibliothek und Preissenkungen in den Mensen, Cafeteria und im Studentenwerksladen.

4. Gremienarbeit: Wir haben uns bei unserer bisherigen Arbeit im Studentenparlament, Konvent und seinen Ausschüssen dafür eingesetzt, daß diese Gremien kein Platz für ideologische Auseinandersetzungen wurden. Hier muß konstruktive Arbeit geleistet werden. Hier müssen ohne Vorurteile Entscheidungen getroffen werden.

Im Studentenparlament haben wir uns dafür eingesetzt, daß die Beiträge zur verfaßten Studentenschaft wieder für nützliche Zwecke verwendet werden.

Diese Gruppe kandidiert ebenfalls zum Studentenparlament (Liste 4)

Dieses Programm gilt für beide Wahlen.

5. Überregionale Studentenvertretung

Wir bejahen eine wirkungsvolle überregionale Studentenvertretung, die die wahren Mehrheitsverhältnisse der Hochschulpolitischen Gruppen repräsentiert.

In seiner jetzigen Form ist die Vereinigte Deutsche Studentenschaft (VDS) handlungsunfähig. Sie muß der Studentenschaft der Technischen Hochschule ein Konzept vorlegen, aus dem ersichtlich wird, daß studentische Interessen in der Öffentlichkeit wieder wahrgenommen werden können. Bis zur Annahme dieses Konzeptes bleiben die Beiträge an die VDS storniert.

Wir sind sicher, daß mit diesem Fünf-Punkte-Programm die wichtigsten Probleme der Studenten der Technischen Hochschule angeführt sind und mit ihnen Möglichkeiten zur Verbesserung der Studien- und Lebenssituation der Studenten gegeben sind.

Nun folgen die Programme für's Studentenparlament. →

Übrigens: im ASTA gibt's diese Aufkleber jetzt in Groß + Farbig auf Plastik.



Liste 1

KSB

Programm siehe Liste
für Konventswahlen

3

Liste 2

MSB-Spartakus

Beitrag zu den Studentenparlaments-Wahlen der Liste "MSB Spartakus"
für die "Hochschule"

Auszüge aus unserem Wahlprogramm:

Keine Regelstudienzeiten!

Im Kampf gegen die Regelstudienzeit (RSZ) konnten in den letzten Semestern beachtliche Erfolge erzielt werden. Angefangen damit, daß unser Kultusminister es bis heute nicht geschafft hat, die RSZ umzusetzen, obwohl es sein erklärter Wille war und ist.

Auch die Kultusminister der anderen Bundesländer sehen sich einem ~~kräftigen~~ verstärkten Druck ausgesetzt. Der breite Widerstand aller Hochschulangehörigen, unterstützt von den Gewerkschaften und der demokratischen Öffentlichkeit hat sogar einige Kumis dazu genötigt zu äußern, die RSZ vielleicht doch besser fallen zu lassen. Aber hier ist nicht Überzeugung der Rückzugsgrund sondern wachsender Druck!

Auch hier in Hessen konnte Krollmann bisher gehindert werden, die RSZ einzuführen. Auf einer Konferenz der hessischen Hochschulpräsidenten wurde erneut deutlich, daß er sich im Augenblick nicht in der Lage sieht, die RSZ umzusetzen. Deshalb versucht er zu beruhigen und zu beschwichtigen.

Das alles macht deutlich, daß Krollmann nur auf Druck reagiert und vor allem daß Erfolge möglich sind! Für uns Studenten muß das heißen, ihn durch verstärkte Aktionen aller Hochschulangehörigen zur endgültigen Aufgabe zu zwingen. Das nächste Ziel muß sein, die Einführung der RSZ für die jetzigen Erst- und Zweitsemester völlig zu verhindern! Dazu sind verstärkte hessenweite Aktionen unter Beteiligung der Darmstädter Studenten notwendig.

Aber wir müssen auch darauf achten, daß nicht hinter unseren Rücken an den Fachbereichen kaltblühend Leistungsverhärfungen vorgenommen werden, die der RSZ zusätzlich den Weg bahnen. Die Klausur-Durchfallquoten z.B. in Informatik und E.-Technik sind skandalös! Solche Versuche müssen von uns entschieden abgewehrt werden.

Für die Stärkung der Verfaßten Studentenschaft!

Wir kämpfen für den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Beitrags- und Finanzhoheit, Satzungsautonomie und politischem Mandat. Von daher setzen wir uns jeder Einschränkung der Rechte ~~der~~ von AstA und Fachschaften z.B. durch einen Vermögensbeitrag zur Wehr. Auch die vom Kultusminister oktroyierte Wahlordnung lehnen wir entschieden ab, weil sie der Studentenschaft einen undemokratischen Briefwahlzwang auferlegt und zudem einen eklatanten Eingriff in die Satzungsautonomie der Studentenschaft darstellt.

Wir Studenten brauchen unsere Verfaßte Studentenschaft mehr denn je, um unsere Interessen wirksam zu vertreten. Deshalb müssen AstA, Fachschaften und die VDS gestärkt werden:

- Die Fachschaften müssen stärker zu einem Zentrum aller aktiven Studenten werden. Die Fachschaftssitzungen müssen zu einem Treffpunkt werden, wo alle aktiven Studenten eines Fachbereichs die anstehenden Probleme diskutieren und Aktivitäten organisieren.
- Der AstA muß von seinem hohen Roß herunter und eine basisorientierte Arbeit leisten. Dazu gehört zu allererst eine kontinuierliche und umfassende Information der Studenten über alle anstehenden Probleme. Auch sollte das, was an anderen Hochschulen an Aktionen läuft, nicht das Geheimnis der AstA-Referenten bleiben!
- Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) als Organ aller Studentenschaften der Bundesrepublik sind unverzichtbar und müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden. In einer Situation, wo gegen die bundesweiten Angriffe auf die studentischen Interessen durch das Hochschulrahmengesetz oder auch in punkto Bafög ein bundeseinheitliches Vorgehen aller Studenten notwendig ist, sind die Diskussionen über einen eventuellen Austritt aus den VDS völlig fehl am Platze.

Liste 3

SHI I

Die SHI ist eine durch und durch revolutionäre Fraktion. Sie will deshalb auch, wenn es die veränderten Umstände erfordern, mit alten Traditionen brechen. Beispielsweise einer sogenannten „inhaltlichen Wahlkampf - Programmatik“.

Nun haben sich die uns widerwärtigen Umstände in den fünf Jahren unserer Existenz nicht verändert, aber das ist es eben. Abgesehen von einiger Tätigkeit seitens des Kulusmysteriums auf dem Gebiet der Kürzelerfindung (HRGLHG HUGMBHXY) wird in stoischem Gleichmut blederes Phrasengebet sozusagen re-agierte, Wahlzeitungen unterscheiden sich in der Jahrgangsnummer.

Wir möchten die im Stupa herrschende Selbstbeweihräucherung gedienter Parteifunktionäre auch weiterhin stören. H.T.Minh, Inaugurator einer bekannten Verkehrslinie und heute schon 89, würde sich im Stupa auch ganz gut machen. Als Werbespot wäre dementsprechend dann sicherlich angängig: Keine Exper(t)imente - SHI - chaotisch aus Tradition...

Liste 4

UDS

Programm siehe Liste 7 für Konventswahlen

Liste 5

Basisgruppen auch THD

Programm siehe Liste 6 für Konventswahlen

Liste 6 ¹⁴ AA

Ausländer-Ausschuss

In einer eigenen Liste stellt sich der Ausländer-Ausschuß der THD für das StuPa.

Welche Politik betreibt der Ausländer-Ausschuß?

Die meisten hören diesen Namen vielleicht zum ersten Mal. Ausländer-Ausschuß ist die einzigste legitime Organisation der ausländischen Studenten an der THD. Der Ausländerausschuß besteht aus den Vertretern der ausländischen Studentenvereine.

Die Situation der ausländischen Studenten in der BRD hat sich in den letzten Jahren verschärft. Zur Zeit sind 1.009 also ca. 8 % ausländische Studenten an der THD immatrikuliert.

Es gibt überhaupt keine allgemein studentischen Angelegenheiten, bei denen den ausländischen Studenten keine zusätzlichen Schwierigkeiten bereitet werden, z.B. Aufenthaltsgenehmigungsschwierigkeiten mit Ausländerpolizei. Auf dem Gebiet bringt das Ausländergesetz zusätzliche Verschärfungen für das Leben in der BRD.

Sprachkenntnisse

Es gibt zu wenige hochschulintegrierte Sprachkurseangebote, weshalb der größte Teil der ausländischen Studenten an privaten Sprachinstitutionen (auf dem teuersten Weg) Deutsch lernen muß.

Wohnungsprobleme

Aufgrund eines Beschlusses des Studentenwerkes werden nur 30 % der Wohnheimplätze an ausländische Studenten vermietet, was eine weitere Sonderregelung bedeutet.

Dann noch die politische Diskriminierung

Folgendes Zitat, das die derzeitige politische Situation kennzeichnet, findet sich in einem Brief des Kultusministers an die Hochschule v. 20.4.79:

" Von daher schon muß die Überlegung angestellt werden, ob ein weiteres Anwachsen der Zahl ausländischer Studierender hochschulpolitisch überhaupt wünschenswert ist."

D.h. Griechenland kann ein EWG-Mitgliedstaat werden, weil die BRD einen Absatzmarkt und Arbeitskräfte bracht. Die griechischen Arbeiter bezahlen auch Steuern, wie jeder Bürger, was aus Ihren Kindern wird, ist uns schieß egal!

Dann geht der Brief so weiter:

" Nach den Eindrücken, die der unterzeichnende Referent bei den Feststellungsprüfungen an den hessischen Studienkollegs gewonnen hat, hat die Qualität der Vorbildung der ausländischen Studienbewerber seit einiger Zeit eher nachgelassen."

Studienkolleg

Das Studienkolleg ist als Vorbereitungsschule für ausländische Studenten gedacht. Mit deren Besuch erwerben sie die deutsche Hochschulreife.

Aber wie sieht die Praxis aus?

Die ausländischen Studenten werden nicht wegen ihres Wissens, sondern wegen der

politischen Interessen der BRD in drei Kategorien geteilt. Ob sie diese Vorbereitungsschule besuchen müssen, oder direkt an der THD anfangen können, hängt davon ab, in welche Kategorie sie eingestuft sind.

Z.B. die Situation der chilenischen Studenten hat sich seitdem Sturz des Allende geändert. Früher sollten die Studenten, die aus Chile kommen, das Studienkolleg besuchen, seit dem Sturz Allende können sie direkt an der THD zu studieren anfangen.

Dann behauptet der Herr Kultusminister, daß sich die Qualität der Vorbildung der ausländischen Studienbewerber seit einiger Zeit verschlechtert hat.

WENN DAS NICHT POLITISCHE DISKRIMINIERUNG IST, WAS IST ES DANN?

Natürlich sind die ausländischen Studenten noch mehr als die anderen von der allgemeinen Studienverschärfung betroffen.

Die Lösung der genannten Probleme kann nur von einer Institution wahrgenommen werden, die diese Interessen vertritt. Deshalb ist der Ausländerausschuß da.

Der Ausländerausschuß ist sich darüber im klaren, daß das Erreichen seiner Ziele nur in enger Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen deutschen Studenten und deren Organisationen möglich ist. Gleichzeitig muß betont werden, daß es falsch ist zu glauben, die Arbeit des Ausländerausschusses würde die deutschen Studenten nichts angehen.

Der Kampf der Studenten für die Verbesserung ihrer Studiensituationen und gegen die Angriffe des Staates auf ihre Rechte ist keine Frage von Nationalität.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDER SITZEN IN DEMSELBEN BOOT!!!

Liste 7 RCDS

Programm siehe Liste 5 für Konventswahlen

Liste 8 JUSO -

Unabhängige

Das Programm der JUSOS und der mit Ihnen zusammenarbeitenden Unabhängigen findet Ihr ganz vorn, nämlich bei Konventsliste 1

mit den besten Empfehlungen

